

Reichstag.

148. Sitzung vom Sonnabend, 2. Mai, 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Schwob, Nieberding, Kraetke.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen wird die zweite Lesung über den Versicherungsvertrag fortgesetzt. Die Kommission schlägt dazu zwei Resolutionen vor, welche die Prüfung der landesgesetzlichen Strafbeschlüsse wegen Lebensversicherung und die baldige Vorlegung eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Werkstätten fordern.

Abg. Döte (freif. Vg.) bekämpft den gestern mitgeteilten sozialdemokratischen Antrag. Die Betriebskassen lassen zu wünschen übrig; die Frage läßt sich aber nicht im Rahmen dieses Gesetzes regeln.

Abg. Cuno (freif. Vp.) spricht sich in ähnlichem Sinne aus, gibt einige Schattenseiten der Betriebskassen zu, verweist aber sehr ausführlich bei ihren Mängeln.

Abg. Dönges (Soz.): Die Wohlfahrtsvereine sind durchweg nur eine Wohlfahrtsmaßnahme für die Arbeiter. Die Arbeitszeit selbst hat in einem unbewachten Moment zugenommen, daß die Aufwendungen, die die Arbeitgeber machen, den Arbeitern vom Lohne abgezogen werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Empörung über die Mißstände in den Werkstätten greift immer weiter um sich. Unser Antrag wendet sich weiter gegen den skandalösen Zustand, daß die Invalidenrenten und die Militärpensionen auf die erworbenen Pensionsansprüche voll angerechnet werden. Ferner verlangen wir, daß die Versicherungsleistungen nicht aus Gründen entzogen werden, die nicht aus dem Wesen des Versicherungsvertrages selbst folgen. Das ist dringend notwendig, weil wir Unternehmer haben, die systematisch Arbeiter entlassen, um sie um ihre Pensionsansprüche zu bringen. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Vielfach werden die Betriebskassen auch dazu angewandt, die gelben Gewerkschaften zu begünstigen. (Schlußruf rechts.) Ich schließe, wenn es mir gefällt. (Wabst bei den Soz.) Die Arbeiter wollen keine Wohlfahrtsvereine, sondern ihr Recht. (Wabst bei den Soz.)

Abg. Sasse (Soz.): Mein Kollege Sebering hat genügendes Material vorgebracht, um die Notwendigkeit unserer Forderungen zu beweisen. Er hätte noch mehr Fälle vorgebracht, wenn ihm nicht das Wort abgebrochen wäre. (Sehr wohl! bei den Soz.) Ist es nicht empörend, wenn man alle Arbeiter entläßt, bloß um sie der Pensionsansprüche zu berauben? Wenn jetzt unsere Anträge abgelehnt werden, so werden wir sie bei anderer Gelegenheit wiederholen. Auch dem Zentrum scheinen jetzt die Augen über die wahre Natur der Werkstätten aufzugehen. Wir haben auch beantragt, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Knappschaffskassen nur insofern von diesem Gesetze unberührt bleiben sollen, als bei ihnen die geheime Wahl besteht. Nur die geheime Wahl gibt die Gewähr dafür, daß die Kassen wirklich im Interesse der Arbeiter verwaltet werden.

Abg. Giesberts (Zentr.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Cuno, aber auch gegen den sozialdemokratischen Antrag, dessen Tendenz zu billigen sei, der aber eine Materie behandle, die nicht in diesem Gesetz zu regeln sei.

Abg. Schulz (Reichsp.) tadelt auch, daß man Arbeiter entlasse, um sie der Pensionsansprüche zu berauben, verteidigt aber unter lebhaftem Beifall der Rechten die Firma Krupp.

Unter Ablehnung der Anträge Albrecht wird die Vorlage und die Resolutionen der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage über die Erleichterung des Wechselprotokolls.

Die Abgg. Dr. Brunstermann (Reichsp.), Dr. Welzer (Zentr.), Quast (nat.-lib.) stimmen der Vorlage zu.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) begründet einen Antrag Albrecht auf Festlegung der Gebühren. Man kann der Postverwaltung keine Blankovollmacht geben. Wir haben zu üble Erfahrungen mit ihr gemacht. Mit der Grundtendenz der Vorlage sind wir im übrigen einverstanden.

Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke erklärt den Antrag Albrecht für unannehmbar.

Unter Ablehnung des Antrags Albrecht wird der Gesekentwurf in der Kommissionsfassung angenommen.

Der Entwurf über Haftung des Tierhalters wird auf Antrag v. Treuenfels (konf.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Das Gesetz über den Unterstufungswohnitz wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über den kleinen Befähigungsnachweis.

Nach den Kommissionsbeschlüssen sollen die Bestimmungen auf Lehrlinge in staatlich anerkannten Lehrwerkstätten und unter bestimmten Voraussetzungen auf die Lehrverhältnisse zwischen Eltern und Kindern keine Anwendung finden.

Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen, daß die Bestimmungen der Handwerkskammern über die Ausbildung der Lehrlinge auch auf das zwischen Eltern und Kindern ohne Lehrvertrag bestehende Lehrverhältnis Anwendung finden, so-

wie, daß das Lehrverhältnis bei Beginn vom Lehrherrn der Handwerkskammer anzuzeigen sei.

Abg. Jrl (Zentr.) beantragt und begründet eine anderweitige Fassung des Kommissionsantrages, die sich dem sozialdemokratischen Vortrage nähert.

Abg. Albrecht (Soz.): Wir werden gegen die Vorlage stimmen, die in der Kommission noch verbeschleiert worden ist. Wir tun das auf die Gefahr hin, wiederum als Handwerksfeinde benannt zu werden. Wir sind durchaus keine Feinde des Handwerks und wären gern bereit, für Gesetze zu stimmen, die dem Handwerk wirklich helfen können. J. A. sind wir gern für die Ausdehnung der Versicherungsrechte auf die kleinen Gewerbetreibenden und die kleinen Landwirte zu haben. Ebenso würden direkte Reichssteuern an Stelle der Verbrauchsabgaben wirklich dem Mittelstande nützen. In wachsender Zahl stimmen Handwerker für die Sozialdemokratie. Wir wünschen, daß die jungen Leute gut ausgebildet werden, wir wollen aber kein künstliches Lehrlingsprivilegium schaffen. Sorge man lieber für gute Volksschulen und für obligatorische Fortbildungsschulen, aber gerade das Fachschulwesen der Innungen liegt im Argen. Früher lehnte auch die bürgerliche Linke bis zu den Nationalliberalen den Befähigungsnachweis ab, jetzt aber liebäugelt auch die Liberalen mit den Innungen. Der Bodfreiinn schließt eben alles! Die Liebe der Konservativen zu den Handwerkern ist sehr platonisch. Die Großgrundbesitzer bestellen ihre Gärten usw. nicht bei kleinen Meistern, sondern in großen Spezialgeschäften. Das Handwerk ist gegenüber dem Großkapital nicht konkurrenzfähig und daran wird auch der Befähigungsnachweis nichts ändern. (Wabst bei den Soz.)

Abg. Dr. Goerke (nat.-lib.) und Abg. Cuno (freif. Vp.) beantragen redaktionelle Änderungen der Kommissionsfassung. Der Antrag Jrl wird zurückgezogen und der Kommissionsantrag wird in der Fassung Goerke-Cuno angenommen.

Im weiteren Verlauf der Debatte hält Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) seine Ausführungen bei der ersten Lesung über die Lehrlingsausbeutung im Handwerk, besonders in der Wärderei, aufrecht.

Der Rest des Gesetzes wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Montag 12 Uhr. (Zerungszulagen, Ostmarkenzulagen, Maß- und Gewichtsordnung.)

Warum Sozialdemokrat?

Es gibt noch immer Menschen, die glauben, daß Sozialdemokrat kein daselbe bedeutet wie unzufrieden sein. Als die Junker einmal Krach mit dem Reichskanzler hatten, riefen sie, wir wollen unter die Sozialdemokratie gehen; womit sie freilich nichts Schlimmeres meinten, als daß sie der Regierung Opposition machen wollten. Daß die meisten unserer Gegner so unwissend sind, daß sie die Sozialdemokraten nur für einen Haufen Unzufriedener halten, ist verständlich. Aber auch mancher Arbeiter glaubt, daß er schon Sozialdemokrat sei, wenn er unzufrieden mit seiner elenden Lage ist und sie verbessern will.

Nun ist es wahr: die Unzufriedenheit, die Empörung über die unerträglichen Leiden, welche der Kapitalismus über die Arbeiter verhängt, der Haß gegen die Ausbeutung und die Unterdrückung, gegen die maßlose Abwanderung und die ewige Armut, sie bildet einen der wichtigsten Teile des sozialistischen Empfindens. Aber zum Sozialdemokraten gehört mehr. Daß wir mit großer Leidenschaft etwas anderes wollen, daß wir unsere ganze Kraft daran setzen und dafür Opfer zu bringen bereit sind, das bewirkt die Unzufriedenheit mit unserer schlimmen Lage. Daß wir aber so klar wissen, was wir wollen, wie wir unserer Not abhelfen wollen, das liegt an der Einsicht, an der besonders sozialistischen Anschauungsweise und an der Wissenschaft, die uns erst zu wirklichen Sozialdemokraten machen.

Auch andere erkennen an, daß wir alle Ursache zur Unzufriedenheit haben, und daß Reformen zur Abhilfe der schlimmsten Uebelstände nötig seien. Aber, fügen sie hinzu, an der Grundlage der Gesellschaft läßt sich nichts ändern; Arme und Reiche hat es immer gegeben, und immer mußten die Armen damit zufrieden sein, daß sie im Dienste der Reichen ihren Lebensunterhalt finden konnten. Das ist ewiges Weltgesetz; die Welt bleibt sich im Grunde immer gleich und eure Träume von einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sind nur Luftschlösser.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sehen jedoch die Sache anders an. Und ihre Anschauung stützt sich auf die Erfahrung. Mit ihren eigenen Augen sehen sie, wie eine

gewaltige Aenderung der Welt vor sich geht. Riesenstädte wachsen empor, ziehen wie Magnetberge Menschen und Dinge von weitem an sich; das Land berödet, während in den Städten wie in Ameisenhaufen die Menschen sich drängen. In der Stadt verschwinden die alten kleinen Werkstätten und Läden und die alten Verhältnisse; die unabhängigen Mittelschichten verschwinden oder verlieren ihre Selbständigkeit; alles wird in den Dienst des Großkapitals gezwungen. Eisenbahnen spinnen sich wie ein Riesennetz über das Land, wälzen in den kleinsten Dörfern die althergebrachten Zustände um und wirfeln die Menschen der verschiedensten Länder durcheinander. Alles ist in Bewegung und Umänderung begriffen; und inmitten dieser stürmischen Entwicklung kommt man uns da mit Redensarten, daß die Welt sich immer gleich bleibe.

Dies ist der erste Satz der Anschauungsweise, die den Arbeiter erst zum Sozialdemokraten macht; die Welt entwickelt sich zu immer neuen Formen; nichts ist beständig. Wenn unsere Gegner uns daher vorwerfen, wir wollen das Bestehende stürzen und sie wollen es erhalten, so können wir mit der Frage antworten: welches Bestehende meint ihr? Die Welt von gestern? Die Welt von heute hat sie schon aufgehoben. Die Welt von heute? Morgen ist sie nicht mehr da. Ueber die Frage, ob wir das Bestehende zu erhalten oder zu ändern wünschen, braucht man nicht zu streiten; wir haben da nichts zu wollen. Die Aenderung findet statt. Die einzige und wichtige Frage, die jeder sich stellen muß, der Ohren zum Hören und Augen zum Sehen hat, lautet: wohin führt uns diese Entwicklung?

Die politische Ökonomie gibt die Antwort. Marx hat diese Entwicklung in seinem Hauptwerk schon längst festgestellt und erklärt, und unsere eigene Erfahrung bestätigt seine Ergebnisse. Der Kleinbetrieb, in dem die Menschen von einander getrennt, jeder mit seinen eigenen kleinen Arbeitsmitteln arbeiteten, verschwindet immer mehr. Die kleinen Produktionsmittel werden durch immer größere Maschinen ersetzt, die zu ihrer Bedienung eine größere Anzahl Arbeiter erfordern. Die Produktion findet in immer größeren Fabriken mittels immer besserer, nur durch gemeinsame Arbeit in Bewegung zu setzenden Werkzeuge statt. An Stelle der Einzelarbeit tritt immer mehr die gemeinschaftliche, die gesellschaftliche Arbeit. Die Arbeit wird immer mehr sozialistisch.

Doch ist dies nur erst ein unvollkommener, ein verkürzter Sozialismus. Die Arbeit ist gemeinsam, aber die Herrschafts- und die Eigentumsverhältnisse, die über die Verwendung der Produkte gebieten, passen noch nicht dazu. Die Arbeiter arbeiten unter dem Kommando des Kapitals, dem das eigene Wachstum als einziges Ziel der Produktion gilt. Es heinet die Arbeiter aus und preist sie mit einem Lohn ab, der gerade zum nackten Leben ausreicht; der riesige Mehrwert fällt den Kapitalbesitzern, den Aktionären zu, die keine einzige Funktion im gesellschaftlichen Leben, außer der des Schmarozkers, erfüllen.

Die Ursache dieses Verhältnisses, das die Grundlage alles Elends der Arbeiterklasse bildet, liegt darin, daß noch immer die althergebrachten, aus der Zeit der Einzelarbeit stammenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse gelten. Diese wälzen sich nicht von selbst um, wie die Arbeiter, sondern sie müssen von den Menschen mit bewußter Absicht gestaltet und umgestaltet werden. Bevor ihre Umgestaltung möglich ist, muß zuerst die Masse des Volkes sich durch das eigene Elend von der Notwendigkeit dieser Umgestaltung bewußt werden.

Die meisten Arbeiter sind schon soweit. Sie sehen ganz gut, wie sie und ihre Kameraden in der Fabrik, in andern Fabriken, auf der Bahn, auf der Straße und auf dem Lande durch ihre gemeinsame Arbeit alle Reichtümer der Gesellschaft hervorbringen. Sie sehen ganz gut, daß nur durch die überkommenen Eigentumsverhältnisse eine Bande fauler Parasiten imstande ist, den Hauptteil der Früchte ihrer Arbeit wegzunehmen. Sie sehen ganz gut, daß ein solches Unrecht nur deshalb als Recht gilt, weil diese Parasiten und ihre Freunde über die Herrschaft verfügen. Und in dieser Einsicht wurzelt das sozialdemokratische Ziel, das sie sich setzen.

Es gilt zuerst die Herrschaft zu erobern, die Beherrschung des arbeitenden Volkes durch eine schmarozende

Einsiedler und launige, aus den untersten Volksschichten hervorgegangene Vektüder gewesen.

Während der Jüher sprach, dachte der Doktor, den Blick auf die liegende Wachsfigur geheftet, an den merkwürdigen Vasken, dessen Charakter so verwickelt war, der die Welt mit seinem Ruf erfüllte und dessen verschiedene Lebensabschnitte so sehr miteinander in Widerspruch standen. Zuerst war er ein eingebildeter und eleganter Striegsmann gewesen, der seinen Körper abquälte und verstimmelte, um schön zu erscheinen und die angeborene Klugigkeit zu verlieren. Sodann, als er die Heberzeugen gewonnen, daß seine weltlichen Erfolge ein Ende genommen, kam bei ihm der seiner Klasse eigentümliche Fanatismus, von einem mächtigen Willen getragen, zur Geltung. . . . Es ergreift ihn der Wahnsinn der Heiligkeit; er ist demütig und grimmig zugleich, wird zum Wabst der Jungfrau und will einen Mauren, der sie lästert, mit Dolchschritten umbringen, und kurz darauf läßt er sich von den Straßenbuben Salamankas feintigen, die ihn für einen Irnsinnigen halten beim Anblick seiner religiösen Extravaganzen in Nachahmung der des Heiligen Franziskus von Assisi. Aber die poetische Milde des unbriehigen Einsiedlers, seine schwärmerische Gottbegeisterung hat keinen Raum im praktischen Charakter des Vasken. Wenn dieser sich Gott weibt, so muß es zu einem irdischen und unmittelbaren Zweck sein. Es ist etwas Schönes um das Heiligsein, aber es muß etwas Greifbares dabei herauskommen. Die kampfsüchtigen Instinkte werden wieder wach in ihm. Er sieht, daß die Kirche, durch die Reformation gefährdet, eines mächtigen Helfers bedarf und überträgt die Organisation des Kriegsheers auf die Religion. Er gründet nicht einen Orden, sondern ein schwarzes Meer, das er den Päpsten anbietet. Die Soldaten dieses schwarzen Heeres werden in die eiserne Form seines Willens gegossen, ohne Familienanschluß, ohne irgend welche Selbstständigkeit, Automaten, die vermöge ihrer Gefühllosigkeit unbeflegbar sind. Der Ksket wird zum Heerführer, und in diesem dritten Abschnitt seines Lebens geht sich der mit Steinen geworfene Bagabund auf's hohe Pferd und spielt sich zum Bizepapst auf, läßt

sich von den Seinigen General benennen, wohnt in Rom unter Fürsten, wo er sich in die verwickelten Intrigen der Weltpolitik einmischt, und stirbt zufrieden mit seiner Macht und in dem Bewußtsein, den Katholizismus für den Augenblick gerettet zu haben, indem er ihm die lateinischen Völker erbielt.

Krestii bewunderte Inigo de Loyola wie ein vollkommenes Exemplar seiner Klasse, daß, unfähig, sich lange für reingeistige Interessen zu begeistern, darauf erpicht, aus allem Kapital zu schlagen, es vermocht hatte, Macht und Reichum aus der asketischen Frömmigkeit zu ziehen, während so viele andre durch sie bloß zur Enttugung und zum tiefsten Elend geführt worden waren. Loyola war ein bewunderungswürdiger Geschäftsmann der Religion gewesen; ein praktisches Talent, das im richtigen Augenblick aufgetaucht war, um den Läden Roms vor dem Bankrott zu retten, das dessen Einrichtung neu geordnet und ihm neue Absatzgebiete eröffnet hatte durch die Gründung seiner Gesellschaft, jenes disziplinierten Stabes von in Religion machenden Handlungsreisenden, die die ganze Erde bereisten und alle Leidenschaften und Schwächen der Menschen ausbeuteten zum größeren Ruhme Gottes.

Der Laienbruder entriß den Doktor seinen Gedanken, indem er sich erbot, ihm den oberen Teil des Altars zu zeigen. Dort befand sich in einem goldenen Reliquienbehälter das Herz des Heiligen. Das war der einzige Körperteil, den sie dort vom Gründer bewahrten. Der Körper war, wie jedermann wußte, im Gesu zu Rom begraben.

„Ja, ich weiß,“ sagte Krestii, „ich habe ihn dort gesehen.“

Er hatte, ohne zu wissen warum, das Bedürfnis empfunden, mit einer Lüge dem eifältigen Laienbruder zu imponieren, der überzeugt zu sein schien, daß die ganze Menschheit sich für die Dinge des Ordens interessierte, und daß es auf Erden niemand gab, der nicht wußte, wo der Leib des Heiligen Ignatius war.

„Na, Sie sind in Rom gewesen!“ rief der Bruder bewundernd aus, als ob der Doktor plötzlich in seinen Augen beträchtlich an Bedeutung gewonnen.

„Zatwohl,“ fuhr Krestii fort zu sagen, um den armen Mann zu verblüffen, „als die letzte spanische Pilgerfahrt stattfand, war ich auch darunter.“

Als der Bruder diese Worte vernahm, änderte er sein ganzes Benehmen und tante förmlich auf. Krestii war nunmehr für ihn nicht nur ein Neugieriger, ein Tourist, hinter dem ein Feind des Ordens stecken konnte. Er war einer der Seinigen, beinahe gehörte er dem Hause an. Und der Bruder bestaunt darauf, ihm alles eingehend zu sagen, wobei er von Anekdoten überfloss wie jemand, der lange Zeit zum Schweigen verurteilt gewesen ist.

Er blieb an einer kleinen Lir neben dem Altar stehen, um jenem so unwahrscheinlichen Herrn den Vortritt zu lassen. Es war der Eingang eines kleinen Zimmers, der als einziger Schmuck das Mißverhältnis eines Altars hatte.

„Hier lag unser heiliger Gründer krank,“ sagte er mit süßlicher Stimme, „und hier fand seine Bekehrung statt. Als er im Welt lag, bat er, um sich zu zerstreuen, man möge ihm einen Ritterroman bringen. Da aber Gott ihn ins Auge gefaßt hatte, machte er, daß kein solches Buch im ganzen Hause gefunden wurde, obgleich viele vorhanden waren. Man brachte ihm die Geschichte der allerheiligsten Jungfrau, er begann, sie zu lesen, und alsbald fühlte er sich von der Gnade Gottes durchdrungen und beschloß, der Welt zu entsagen und sich dem Dienste Gottes zu weihen.“

Darauf suchte der Laienbruder noch etwas an der Wand, und indem er auf einen Nih hinwies, sagte er: „Sehen Sie dies, mein Herr? Von außen sieht man den Nih noch besser; er geht von oben bis zum Erdboden. . . . Diesen Nih hat der Teufel verurteilt. In demselben Augenblick, wo der Heilige den Entschluß faßte, sich Gott zu widmen, lebte der Erdboden und das ganze Haus, und dieser Nih hier entstand. Es war der Teufel, der auf diese Weise seinem Untwillen Luft machte.“

„Was mußte er während sein!“ sagte Krestii mit feierlichem Ernst.

„Natürlich,“ fuhr der Laienbruder fort, „der Böse zitterte, weil er erriet, daß der Heilige unsern Orden gründen wollte.“

(Fortsetzung folgt.)

Wunderheit aufzuheben. Dann gilt es die Eigentumsverhältnisse derart umzugestalten, daß die Rechte der Ausbeuter verfallen, und die Früchte der gemeinsamen Arbeit zum gemeinsamen Nutzen aller Arbeiter gereichen. Dann wird der Sozialismus erst vollkommen sein, wenn nicht nur die Arbeit, sondern auch der Genus auf dem Prinzip der Gemeinlichkeit beruht, wenn nicht nur die toten Dinge, sondern auch die Verhältnisse der lebenden Menschen sozialistisch sind.

Hußerordentliche Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

l. Darmstadt, 3. Mai 1908.

Im Saale des hiesigen Gewerkschaftshauses traten heute vormittag 10 Uhr Delegierte der Jugendorganisation zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammen, deren Einberufung sich durch die Annahme des Reichstagsbeschlusses nötig machte. Es sind 40 Delegierte aus 38 Orten von ganz Deutschland anwesend. Der Parteivorstand ist durch den Gen. Müller, die Generalkommission der Gewerkschaften durch den Genossen Robert Schmidt vertreten. Zunächst fand eine nicht-öffentliche Sitzung statt. Reichstagsabgeordneter Dr. Franz berichtete in dieser über eine Befragung, die der Parteivorstand mit den Vertretern der Generalkommission und des Parteivorstandes gestern abhielt. Nach längerer Beratung sei man zu dem Entschlusse gekommen, die Generalversammlung vorzuschlagen, den Verband in seiner jetzigen Form aufzulösen. Dafür sollen in allen Orten Deutschlands, wo es irgend möglich ist, von der Partei und den Gewerkschaften Agitationskomitees für die Jugend gegründet werden. Diese hätten die Aufgabe, alles das zu erfüllen, was die Jugendorganisation erfüllt hat und zu erfüllen versuchte. Dann könnten diese Aufgaben energischer und mit reicheren Mitteln durchgeführt werden.

Als die offiziellen Komitees von der Partei und den Gewerkschaften gegründet wurden, was wohl im Spätherbst nach dem Reichstagsbeschlusse geschehen werde, sollten in den bestehenden Ortsvereinen des Verbandes von über 18 Jahre alten Genossen Agitationskomitees gebildet werden, die die Agitation unter der Arbeiterjugend zu betreiben hätten. Der Parteivorstand habe bis dahin als Zentralkomitee für die Jugendorganisation zu fungieren. Genosse Robert Schmidt - Berlin unterstützte diese Ausführungen. Parteisekretär Müller - Berlin erklärte, daß der vorgeschlagene Weg der einzige sei, wenn in Zukunft in Deutschland eine Jugendorganisation bestehen solle. Die Diskussion zog sich bis Mittag hin. Es sprachen u. a. Delegierte aus Stuttgart, Bremen, Hamburg, Wismar, Mannheim und ein Vertreter der freien Jugendorganisation in Berlin. Die Württemberger sprachen sich entschieden gegen die Auflösung der Organisation aus, andere Delegierte gaben dem Beschlusse Ausdruck, daß man durch die Auflösung des Verbandes den bei den jugendlichen Arbeitern gewonnenen Boden wieder verliere.

Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter.

1. Vom 4. Mai an tagt im Volkshaus zu Leipzig die Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes. Aus dem Geschäftsberichte über die Jahre 1906/07, den der Vorstand der Versammlung vorgelegt hat, heben wir folgendes hervor: Der Verband zählte an Mitgliedern am Schlusse des Jahres:

	männliche	weibliche	zusammen
1905	51 888	25 040	77 808
1907	79 988	40 457	120 440
absolute Zunahme	28 115	20 517	48 692
Zunahme pro 100	54	79,3	62,5

In Sachsen stieg die Mitgliederzahl von 25 927 auf 43 870, der Gau Erzgebirge, zu dem auch Leipzig gehört, zählt 17 853 Mitglieder.

Wenn im Verbands auch noch große Fluktuation herrscht, so zeigt diese Statistik doch ein großartiges Wachstum der Organisation, das nur möglich war durch intensive Agitation. Nach allerdings unvollständigen Aufzeichnungen wurden im Verbands 3060 Versammlungen abgehalten und nicht weniger als 747 830 Flugblätter vertrieben. Im November 1907 veranstaltete der Verband eine Hausagitation großen Stils unter den Arbeitern. 270 000 Nummern einer besonderen Ausgabe der Gleichheit kamen zur Verteilung. Im Gau Erzgebirge, der auch hier wieder mit die besten Resultate erzielte, wurden dadurch 501 Mitglieder und 310 Wohnorten auf die Gleichheit gewonnen. Eine ähnliche Agitation mit 158 000 Exemplaren des Textilarbeiters wurde im vergangenen März vorgenommen.

Frankenunterstützung wurde in der Berichtperiode auf 12 788 männliche und 11 375 weibliche Mitglieder 290 305,45 Mark ausgezahlt, gegenüber 155 008,89 Mk. an 10 642 männliche und 5747 weibliche Mitglieder in der vorigen Periode; das ist pro Quartal und Kopf der Verbandsmittelglieder 88 Pfg., gegenüber 85 Pfg. früher. Ganz besonders stark wurde die Klasse durch Augenkrankheiten in Anspruch genommen, bei denen 55 200 Krankentage bezahlt werden mußten von 322 505 Krankentagen überhaupt.

Als Material für die Lösung der Frage der Arbeitslosenunterstützung wurden zwei Erwerbslosenzählungen vorgenommen, an denen sich 108 260 bzw. 107 115 Mitglieder, oder 87 bzw. 89 Proz. der Mitgliedschaft beteiligten. Die Zählungen ergaben, daß im Jahre 1907 182 904 Tage (Zunahme), resp. 6588 Mitglieder 224 408 Tage (November-Zählung) erwerbslos waren. Davon waren direkt arbeitslos: 2043 Mitglieder 61 207 Tage resp. 2021 Mitglieder 65 518 Tage, so daß auf 41 Mitglieder eins mit 32,8 Tagen Arbeitslosigkeit fällt, resp. auf 84 eins mit 37,2 Tagen. Besonders stark ist die Erwerbslosigkeit bei den weiblichen Mitgliedern.

In den Jahren 1906 und 1907 fanden an Streiks statt:

92 Angriffsstreiks mit 28 451 Beteiligten
8 Abwehrstreiks " 8 081 "
8 Ausperrungen " 25 187 "

Bei den Angriffsstreiks hatten 83 Erfolg, bei den Abwehrstreiks 19, bei den Ausperrungen 6. 325 Lohnbewegungen mit 135 850 Beteiligten fanden außerordentlich statt. Für die Beteiligten wurden dadurch durchschnittlich 3 Stunden 16 Minuten Arbeitszeitverlängerung pro Woche und 1,18 Mk. Lohnerhöhung erreicht. Vom Verbandsorgan, dem Textilarbeiter, wurden am Ende des Jahres 1907 112 700 Exemplare verandt.

Gewerkschaftsbewegung.

Sozialreform für die Bureauangestellten.

Unter diesem Titel hat der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands an den Reichstag und Bundesrat eine Denkschrift gerichtet, um die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen und des Reichstags auf die drückende Notlage der Bureauangestellten zu richten, deren Existenz nichts als ein glänzendes Kleid sei. Gefordert wird die Beseitigung eines seit Jahrzehnten schwer drückenden Zustandes der Rechtsunsicherheit und Rechtslosigkeit. Eine Besserung erfordern vor allem die Verhältnisse der Bureauangestellten der Rechtsanwälte und Notare, die den größten Prozentatz der Bureauangestellten

überhaupt bilden. Die Anwaltsgehilfen klagen über ungenügende Bezahlung ihrer Tätigkeit und über die in ihrem Beruf herrschende Lehrlingszuchterei. Nach einer statistischen Erhebung sind hier nur 36 Prozent der Angestellten über 20 Jahre alt, aber selbst von diesen erwachsenen Angestellten beziehen 53 Prozent, also mehr als die Hälfte unter 100 Mk. Monatsgehalt. In Anbetracht dieser großen Zahl junger Leute kommt nur ein Drittel der Berufsgenossen für eine ernsthafte Organisation in Frage. Durchschnittlich werden 43 Prozent unter 17 Jahre alte Personen bei den Rechtsanwaltskanzleien beschäftigt. Für 14 Prozent der Angestellten ist die Kündigungfrist ausgeschlossen. In 54 Prozent der Rechtsanwaltsbureaus beträgt die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden, in 46 Prozent 9 und mehr Stunden. Oft aber wird die Arbeitszeit auf 10, 11 und 12 Stunden verlängert. Sonntagsarbeit ist in 22 Prozent der Bureaus üblich. Die hygienischen Zustände lassen vieles zu wünschen übrig. Nicht viel besser sind die Bureauangestellten bei Prozeßagenten und Winkeladvokaten, bei Versicherungsgesellschaften, Patentanwälten, in Fabriken, Handelskammern, Handwerkerkammern, bei Konkursverwaltern, Bücherrevisoren und in ähnlichen Privatbetrieben daran. Selbst für die Bureauangestellten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften ist ein gesetzlicher Schutz nicht überflüssig. Die Vorschläge, die in der Denkschrift zwecks Besserung der Lage der Bureauangestellten gemacht werden, sind mannigfacher Art. Man wünscht gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens und ersucht, die Bureauangestellten zunächst den Handlungs- und Gewerbegehilfen rechtlich gleichzustellen. Das würde geschehen können durch entsprechende Anwendung der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches, durch Erlaß von Bundesratsverordnungen, durch einen gesetzlich festgesetzten achtstündigen Maximalarbeitstag, durch Unterstellung unter die Gewerbe- oder Kaufmannsgerichte, durch Ausdehnung und Ausbau der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung, sowie der Gewerbeversicherung. Außer beachtenswerten Zahlenmaterial über die Alters-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind der Denkschrift in einem Anhang geschichtliche Daten zur Sozialpolitik für die Bureauangestellten angefügt.

Die Frage der Unternehmer.

Aus Eilenburg schreibt man uns: Auch die Unternehmer Eilenburgs, besonders die Tischlermeister, glauben in Schanzmachelei machen zu müssen, indem sie die Arbeiter, die an der Maisei durch Arbeitsruhe teilnehmen, ausperren. Sie geben nicht nur ihre Ausperrungsabsicht kund, sondern auch, daß der bis zum 1. Mai verbundene Lohn erst am 8. Mai ausgezahlt würde. 57 von den etwa 350 an der Maisei beteiligten gewesenen Holzarbeitern wurden von der angebotenen Maisei betroffen. Bei Müller und Kentsch sind ausgesperrt 19 Tischler und 3 Bildhauer, bei Fietzsch 12 Tischler, bei Kunze 4 Tischler, bei Köhler und bei Opfermann (ein früherer „Parteilosse“) je 2, bei Petersohn 1, bei Lappchen 1 und bei Otto 18 Tischler. Mit Ausnahme von vier bei der letztgenannten Firma ausgesperrten protestierten sämtliche gegen die Handlungsweise, forderten ihren Lohn und stellten, als sie ihn nicht erhielten, die Arbeit ein. Das war aber nun etwas, was den Unternehmern nicht paßte. Die Verhandlungen vor der Schlichtungskommission endeten mit der Erklärung der Unternehmer, daß sie den Lohn sofort auszahlen würden, sobald die Arbeit wieder aufgenommen würde. Schon nachmittags hatten einige Kleinmeister Kapitalist und den Lohn ausgezahlt, denen am Abend die andern folgten.

Die Schiffsverft in Jena-Sperrte 300 Meter und Vorhalter, die den 1. Mai feierten, bis zum 11. Mai aus. Für die übrigen 2100 Arbeiter wird nur der Vormittagsbetrieb aufrechterhalten. Die Zahl der Ausgesperrten in Berlin wegen Beteiligung an der Maisei steht noch nicht fest; erst aus den Verufen der Metallarbeiter und der Holzarbeiter liegen Zahlen vor. Bei den Metallarbeitern sind wegen der Arbeitsruhe in 21 Betrieben 478 Personen ausgesperrt worden. Sehr viel umfangreicher gestaltete sich die Ausperrung in der Holzindustrie. In dieser sind in 384 Betrieben mit 6048 Beschäftigten 3740 Mann ausgesperrt. Von diesen Ausgesperrten wurde die übergroße Zahl, nämlich 2008, auf drei Tage ausgesperrt, die andern für längere Zeit, oder sie wurden gar ganz entlassen.

Einer Erörterung der Ausperrungsfrage vor der Schlichtungskommission gingen die Unternehmer in der Holzindustrie aus dem Wege. Die „Fadzeitung“ der Holzindustriellen begründet dies damit, daß die Arbeitgeber bereit seien, alle Bestimmungen des Vertrages zu erfüllen, daß aber in diesem von der Maisei mit keinem Worte die Rede sei. Man wird sich das merken müssen für den Fall, daß es den Unternehmern wieder einmal paßt, die Maisei als einen Verstoß gegen den Tarif auszugeben.

In Eilenburg werden sich die Berliner Holzarbeiter ihre Maisei durch keinerlei Schikanen mehr nehmen lassen. In Neumünster sind wegen der Beteiligung an der Maisei 1000 Arbeiter entlassen worden, darunter 504 Gerber. In B. Gera wurden am Sonnabend früh in der Thüringer Möbelfabrik, in der Möbelfabrik Rutenia und der Pianofortefabrik von Jalle über 100 Tischler und Maschinenarbeiter bis zum 13. Mai ausgesperrt, weil sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe feierten. Ein Betrieb, dessen Arbeiter aus feierten, setzte sich nicht an die terroristischen Unternehmerbeschlüsse und ließ weiter arbeiten. Da bei der Wiedereinstellung unter den Arbeitern eine Auslese gehalten werden soll, ist der Zugang von Holzarbeitern ferngehalten. Die drei genannten Betriebe stehen völlig still.

Aus München wird gemeldet, daß von den Unternehmern Südbayernslands rund 20 000 Arbeiter auf drei bis acht Tage wegen Beteiligung an der Maisei ausgesperrt wurden. In Hamburg hat die Ausperrung den angekündigten Umfang nicht angenommen. Am meisten scheint die Holzindustrie, entsprechend der ziemlich einseitig durchgeführten Arbeitsruhe, betroffen zu sein. Gemeldet sind rund 700 Ausgesperrte, von denen jedoch allein 400 bereits am Mittwoch wieder in Arbeit treten, andre noch früher. Bei den Metallarbeitern sind die Heizungsarbeiter, die geschlossen feierten, auf einen Tag ausgesperrt, ebenso von den Klempnern ein Bruchteil, desgleichen von den Bauhülfern, denen 10 Tage Ferien angedroht sind. Der Fabrikarbeiterverband verzeichnet etwa 110 Ausgesperrte. Die Arbeiter der Warmbacher Goldbleichfabrik sollen zwei, die der Journierschneiderei Bartels u. Söhne und der Ofenfabrik von Feinr. Rod einen Tag feiern, während die Roburitätsgesellschaft ihre sämtlichen Leute entlassen und sofort versetzt hat, andre einzustellen. Sie engagierte auf dem Gänsemarkt auch 30 Arbeiter; diese machten aber mit den Ausgesperrten, als sie erfuhren, was los sei, sofort wieder feiert. — Die Maisei registrierten 404, die Bauhülfsarbeiter etwa 420 Ausgesperrte, bei den Maurern und Zimmerern wird sich das Ergebnis erst am Montag endgültig feststellen lassen.

Achtung, Vergewaltiger! Auf den Braunkohlenwerken Delnitz hat Lebnig ein Lohnbifferenzen ausgebrochen. Es wird um Verhütung des Zugriffs gebeten.

Die Maisei- und die Thüchenermeister in S. a. n. b. a. haben die bei ihnen beschäftigten freizugangenen Gehilfen ausgesperrt.

Der Textilarbeiterverband für den Bezirk Groß-Berlin hat der Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer zugestimmt.

Aus den Unternehmerorganisationen. Prof. Dr. Leibig, Regierungsrat a. D., ist auf seinen Wunsch aus seiner Stellung im Zentralverbande deutscher Industrieller geschieden und Regierungsrat Dr. jur. Bartels als erster Vizepräsident in die Geschäftsführung des Zentralverbandes eingetreten.

Da Leibig den Ruf eines Oberschwarzschmiedes genießt, hielt er es wegen der Wahlkampagne — er ist als Kandidat zum preussischen Landtag aufgestellt — für ratsam, seinen Vorstandsposten in der Unternehmerorganisation niederzulegen, um einem etwaigen Vorwurfe, er sei Unternehmerföbbling, aus dem Wege zu gehen.

Die nationale Internationale. Die Gegner der modernen Arbeiterbewegung suchen diese mit Vorliebe durch den Vorwurf, sie sei international, auf Deutsch unterdrückt, zu diskreditieren. Die bloßen Spieler und die sich national nennenden Arbeiter wiederholen den Vorwurf, lassen aber vollständig schon im nächsten Augenblick einen ausländischen Potentalen hochleben. Bei dieser Inkonsistenz bleibt diese Gesellschaft indes nicht stehen, sondern verbindet sich auch in Organisationen international. So wird jetzt berichtet, daß im Juli d. J. in Zürich eine internationale christliche Gewerkschaftskonferenz abgehalten werde. „Der Gedanke“ — heißt es in der Notiz — „ist schon seit Jahren erörtert worden und kann nunmehr zur Ausführung gelangen, nachdem in den Hauptländern außerhalb Deutschlands: Oesterreich, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Schwyz usw. hoffnungsvolle Organisationen der christlichen Arbeiter entstanden sind. Die Notwendigkeit einer solchen Konferenz wird schon erwiesen durch das Ineinandergreifen der Organisationen in den Grenzgebieten. Außer mit Berichten über den Stand der Bewegung in den einzelnen Ländern wird sich die Konferenz mit der Frage der Organisationsform, mit den organisatorischen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in den Grenzgebieten und mit der Gründung eines internationalen Sekretariats befassen.“

Die Ausperrung auf den englischen Schiffswerften hat begonnen; am Sonnabend wurden zunächst 15 000 Holzarbeiter entlassen.

Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in Lodz. Der in deutscher Sprache (illegal) erscheinende Lodzer Vorwärts bringt nachstehende Angaben über die Tätigkeit des (illegalen) sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Lodz. Vom 28. Februar 1906 bis 1. März 1908 beliefen sich die Einnahmen des Verbandes auf insgesamt 79 308 Rub. 27 Kop., denen an Ausgaben gegenüberstanden 74 782 Rub. 77 Kop. (darunter Streikunterstützungen 30 880 Rub. 57 Kop., für ausgeperrte Bäder 1000 Rub., Unterstützung für Verhaftete 6865 Rubel, Arbeitslosenunterstützung 5230 Rub. 60 Kop., an das sozialdemokratische Parteikomitee 7797 Rub.). Wechselt man sich die Almospäre, in der sich die Tätigkeit des Verbandes abspielt, sind folgende Daten: Vom 1. Juni 1907 bis 1. Februar 1908 wurden an Unterstüngen ausgezahlt: an 428 Verhaftete für 1984 Wochen 4866 Rub. 50 Kop., an 675 Arbeitslose für 1557 Wochen 3491 Rub. 50 Kop., an 906 Streikende und Ausgesperrte für 1207 Wochen 4890 Rub. Im ganzen an 1908 Mitglieder für 4838 Wochen 12 728 Rub.

Soziale Rundschau.

Syndikatsbildung. Der Zusammenschluß der Unternehmer in der russischen Metallindustrie vollzieht sich mit ungläubiger Schnelligkeit. So hat sich vor kurzem ein Eisenblech- und ein Kupfer Syndikat gebildet, und die Gründung eines Syndikats der Wälder Eisenfabriken steht unmittelbar bevor. Besondere Beachtung verdient die unlängst vollzogene Gründung des südrussischen metallurgischen Trustes, der nach offiziellen Angaben über ein Grundkapital von 150 Millionen Rubel verfügt und die größten Metallwerke Rußlands (die Jufow-Werke, die Ruffische-Belgische Gesellschaft, die Moskauer Metallfabrik u. a.) umschließt. Als Initiatoren dieses Unternehmens, das eine gewaltige Umwälzung in der gesamten russischen Metallindustrie herbeiführen dürfte, gelten ausländische Besitzer russischer Metallwerke, vor allem belgische Kapitalisten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Petersburg, 4. Mai. Telegramme aus Tiflis melden, daß an der türkischen Grenze furchtbare Armeen- und auch Judenmassaker stattgefunden haben. Tausende stiegen nach Jelfawepol und andern russischen Städten. Jedoch auch dort werden sie von Tataren bedroht. Angeblich sind 10 000 bewaffnete Perser im Anmarsch, um die Ordnung wiederherzustellen. Es wird befürchtet, daß sich die Kurden der Bewegung anschließen und daß ein Grenzkrieg ausbricht.

Paris, 4. Mai. Die Ergebnisse der Gemeindevahlen in der Provinz zeigen, daß in der Stärke der Parteien nur unwesentliche Änderungen eingetreten sind.

Simsa, 4. Mai. Eine Streitmacht von 13 000 bis 20 000 Afghanen überschritt Freitag nacht in zwei Abteilungen die afghanische Grenze. Die größere und zugleich bewaffnete marschierte auf Landi-Ahotal, die andre unter dem Befehl von Zufisahib nach dem oberen Wazartal. Den Sonnabend über konnte man den Feind deutlich westlich vom Landi-Ahotal sehen. Sonnabendnacht unternahm er seinen Hauptangriff auf das Blockhaus von Nidni Nandach und machte bis 8 Uhr morgens verzweifelte Anstrengungen, es einzunehmen. Dies gelang ihm aber nicht; die Garnison erlitt nur geringe Verluste. In der vergangenen Nacht bemühte sich der Feind fändig, die Karawantee einzunehmen, das heftige Feuer aus dem Blockhaus vereitelte jedoch auch hier seinen Versuch. Jetzt haben sich die Afghanen nach Süden zurückgezogen. Inzwischen haben die Hauptlinge der Jafka-Ahels, die jüngst Unruhen herbeigeführt, dem Oberst Rosskopf, den Offizier der Khaidarregion, ihre Dienste angeboten. In Landi-Ahotal wird berichtet, daß keine Ufribis sich mit Zufisahib vereinigt haben. General Wilcocks erreichte mit der dritten Brigade, acht Kanonen und einer Schwadron Kavallerie heute Landi-Ahotal. Auf den Hügeln sieht man wenige Feinde; wenige Schiffe wurden abgefeueret. An der Romangrenze ist alles ruhig.

Kairo, 4. Mai. Der stellvertretende Inspektor der Blau-Rot-Provinz, Scott Moncrieff, wurde von einem Scheich, der sich selbst zum Propheten ausgerufen hatte, ermordet. Der Scheich hatte etwa 150 alte Derwische um sich gesammelt und in der Nacht zum Sonnabend die unter dem Befehl des Distrikommandeurs Dickinson-Dei stehenden Truppen angegriffen, die zur Wiederherstellung der Ruhe eingetroffen waren. Die Ueberumpelung des Lagers wurde abgeschlagen und 85 Derwische dabei getötet. Auf englischer Seite fielen zwei eingeborene Offiziere und Major Logan; der Romanburur Dickinson-Dei wurde verwundet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Wahrb in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedr. Piller in Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.